

DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Landtagsklubs FRITZ - Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und KO Mag. Markus Sint

betreffend:

Alle Tiroler entlasten:

Teuerungsausgleich JETZT in Angriff nehmen!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Bundesregierung zu prüfen, mit welchen konkreten Maßnahmen der massiven Teuerung in unserem Land, die alle Bürger und ganz besonders der Mittelstand spüren, nachhaltig entgegengetreten werden kann. Ziel der antragsgegenständlichen Prüfung ist es, ehestmöglich einen vernünftigen Teuerungsausgleich aufzusetzen, damit die besonders betroffene Tiroler Bevölkerung entlastet wird.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Finanzausschuss** zugewiesen werden.

BEGRÜNDUNG:

Das Leben in Tirol ist teuer. Am teuersten im Vergleich zu allen anderen Bundesländern Österreichs. Angefangen von Wohnen über Heizen und Mobilität bis hin zu den Lebensmitteln. Aber leider sind nicht nur die Preise in Tirol am höchsten, sondern auch die Einkommen am niedrigsten. Und dieses Missverhältnis birgt enorme Gefahren. Bereits in „normalen“ Zeiten. In Zeiten von Pandemie und Krieg in Europa natürlich ganz besonders. Die enorme Teuerungswelle der letzten Wochen und Monate hinterlässt massiv ihre Spuren. Hatten es viele Tiroler bisher schon schwer, mit ihrem Einkommen ein Auskommen zu finden, so trifft die gegenwärtige Teuerungswelle ganz besonders den Mittelstand. Die Spritpreise liegen beispielsweise schon bei fast 2 Euro pro Liter. Für alle, die etwa in den ländlichen Regionen Tirols auf das Auto angewiesen sind, kostet ein voller Tank dann nicht mehr wie bisher 60 oder 70 Euro, sondern 100 oder 120 Euro. Beim Einkauf im Supermarkt verhält es sich ähnlich. Auch bei Strom und Gas. Es geht hier um keine Luxusartikel, sondern um das ganz normale, tägliche Leben. Ein Dach über dem Kopf, die Möglichkeit, einer Arbeit nachzugehen sowie Lebensmittel einzukaufen. Eine Familie zu versorgen. Hier geht es aber auch nicht mehr um klassische Sozialleistungen, um Probleme mit dieser Teuerung abzufangen, nein, es ist der gesamte Mittelstand stark betroffen. Daher braucht es dringend einen staatlichen Eingriff. Die Inflationsrate für Februar 2022 beträgt voraussichtlich 5,9%, wie aus aktuellen Berechnungen von Statistik Austria im Rahmen einer Schnellschätzung hervorgeht. Gegenüber dem Vormonat steigt das Preisniveau voraussichtlich um 1,3%. Steigende Treibstoff- und Energiepreise heizen die Inflation derzeit weiter an.¹ AK-Chefökonom Markus Marterbauer rechnet damit, dass sich das nicht so schnell ändern wird, die monatlichen Teuerungsraten könnten sogar zweistellig werden. *„Wir werden wahrscheinlich in den nächsten Monaten eher in Richtung zweistellig oder zehn Prozent Inflation kommen bei den Monatswerten“*, sagte der AK-Ökonom.² Die Landesregierung ist gefordert, gemeinsam mit der Bundesregierung, dieser massiven Teuerung in unserem Land nachhaltig entgegenzutreten und hier in einem ersten Schritt zu prüfen, in welcher Form ein Teuerungsausgleich für die Bevölkerung abgewickelt werden kann. Ein solcher muss kommen, das Budget von zigtausenden Tirolern reicht am Ende nicht mehr aus, um hier die Teuerung abzufangen. Es gibt die Idee der Wertgutscheine, der Einmalzahlungen, der Steuernachlässe und vieles mehr. Eine Umsetzung soll möglichst bald erfolgen. Die Auswirkungen sind bereits jetzt dramatisch.

Die **Dringlichkeit** dieses Antrages ergibt sich daraus, dass der enormen Teuerung in unserem Land ehestmöglich entgegengetreten werden muss.

Innsbruck, am 10. März 2022

¹ Siehe *„Inflation im Februar 2022 laut Schnellschätzung voraussichtlich bei 5,9%“*, Statistik Austria, 02.03.2022

² Siehe *„AK-Chefökonom warnt: Monatliche Inflation könnte bald zweistellig sein“*, Kronen Zeitung, 03.03.2022